

traf Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen mit dem gewöhnlichen Bahnzuge hier ein und wurde von der zahlreich versammelten Bürgerschaft und dem Militär mit Jubel empfangen. Ein großer Theil der Bürger hatte von dem Stations-Gebäude auf dem Bahnhofe aus bis weit nach der Castanien-Allee ein Spalier gebildet, das durch Fackeln erleuchtet war, durch welches der Prinz dem „Jägerhofe“ zu fuhr. Der Fackelzug setzte sich hierauf ebenfalls in Bewegung, und wurden die Deputirten der Bürgerschaft aufs freundlichste von Sr. königl. Hoheit empfangen. Es waren auch die Spitzen sämtlicher Collegien zur Cour eingeladen. Nach Abzug der Bürger mit dem Fackelzuge wurde von den Truppen ein großer Zapfenstreich ausgeführt.

Stettin, 10. Dec. Nachdem der eingetretene Winter die Möglichkeit praktischer Beschäftigung der Marine genommen hat, fand man es für angemessen, für die Offiziere derselben einen Cyclus von Vorlesungen zu eröffnen. Auf dem Unterrichtsplane befinden sich folgende Unterrichts-Gegenstände; Artillerie-Wissenschaften 4 Stunden, Seetaktik 1 Stunde, Schiff-Baukunde 2 Stunden, Buchführung 2 Stunden, Zeichnen 4 Stunden, Französisch 6 Stunden, in Summa 28 Stunden wöchentlich. Der Unterricht hat am 6. d. begonnen. Nach den hohen Anforderungen, die man mit Recht an die wissenschaftliche und praktische Ausbildung des Offiziercorps machen muß, begrüßen wir jedes Mittel mit Freuden, welches nach jener Seite hin fördernd einwirken kann. Der Marine-Offizier, um auf einen Punkt heute aufmerksam zu machen, kommt im Auslande mit verschiedenen Behörden in Berührung, er vertritt dort die Ehre seiner Flagge, ist Repräsentant seiner Nation, wenn er auch nicht speciell mit einem diplomatischen Auftrage betraut ist. Seine ganze Haltung wird mit Aufmerksamkeit betrachtet — und das Urtheil, welches dort über ihn gefällt ist, trifft im Guten und Bösen die Waffe, welcher er angehört. Ostsee-Ztg.

Kassel, 13. Dec. Mittels Ausschreibens des Ministeriums des Innern vom gestrigen Tage sind die Bezirks-Direktoren angewiesen worden, die Wahlen zum Volkshaufe des nächsten Reichstages auf Grund des Gesetzes vom 10. d. M. ungefäumt einzuleiten, und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß auch in Kurhessen die Abgeordneten-Wahlen an dem 31. Januar 1850, als dem durch Beschluß des Verwaltungsrathes vom 17. v. Mts. für den ganzen Bereich der auf Grund des Vertrages vom 26. Mai d. J. verbündeten Staaten bestimmte allgemeinen Wahltag vorgenommen werden. N.H.Z.

Flensburg, 12. Dec. Ein Bericht des Herrn v. Tillisch an den Minister des Innern in Kopenhagen, der in jeder Beziehung für die Lage der Landesverwaltung charakteristisch ist, liegt uns vor, in welchem sehr bezeichnende Stellen vorkommen: „Oberst Hodges und ich waren einstimmig der Meinung, daß man sich auf die preussischen Truppen nicht verlassen könne, daß man daher in dem von Preußen besetzten Theil des Herzogthums neue Beamte zu senden nicht wagen dürfte, und daß wir demgemäß außer Stande seien, gegen die revolutionären Beamten Maßregeln der Art zu ergreifen, wie sie nöthig sein würden, um eine legale Ordnung der Dinge herzustellen. Wir waren ferner einstimmig der Ansicht, daß die ganze Bevölkerung von Schleswig der grausamsten Behandlung preisgegeben sein würde, wenn die schleswig-holsteinische Armee in das Herzogthum einfiel, und daß ein solcher Einfall daher mit Energie verhindert werden müsse. Dies ist um so bedeutsamer, da es für uns ganz unmöglich ist, hier Boden zu gewinnen, so lange ein feindliches Heer von 30,000 Mann trefflicher Truppen schlachtgerüstet an der Grenze steht, jeden Augenblick zum Einfall in das Land bereit. Es liegt in der Natur der Dinge, daß der Bestgestimmte es nicht wagt, einer Regierung zu gehorchen, welche ihm nicht Schutz gewähren kann. Wir haben daher beschlossen, eine Collectionnote an unsere respectiven Höfe zu senden, um den Zustand der Dinge darzulegen und den Beschluß zu erlangen, daß die schleswig-holsteinische Armee aufgelöst werde, oder daß Maßregeln ergriffen werden, welche einen Einfall dieser Armee in das Herzogthum Schleswig unmöglich machen. Ehe aber diese Note erfolgen kann, ersuche ich Er. Excellenz so schnell als möglich dahin zu wirken, daß die drohende Gefahr abgehalten werde, welche uns treffen kann, und sie wird eintreten, sobald Baron Blome erfolglos zurückkehrt. (Als wenn Baron Blome in schleswig-holsteinischen Interessen nach Kopenhagen gereist wäre.) Unsere ganze Lage ist total gebunden, und das, was in unserer Macht zu thun steht, müssen wir mit der größten Vorsicht thun, um nicht die Fanatiker und Revolutionairs aufzuwühlen, welche auf jeden Schritt lauern, um Lärm zu machen. Selbst General v. Hahn versagt uns die nöthige Hilfe, und Graf Eulenburg so wie Oberst Hodges haben selbst eingesehen, daß wir vollkommen außer Stand sind, in dem von den preussischen Truppen besetzten Theile von Schleswig irgend etwas auszurichten. Das Einzige, was ich thun kann, ist, daß ich hier ausharre und eine Scheinregierung führe im Namen des Königs, dessen Name dadurch geschändet wird.“ D. W.

Dresden, 10. Dec. Die deutsche Frage und deren Lösung liegt wie ein schwerer Alp auf unsern Zuständen. Man ist hier so ziemlich allgemein der Ueberzeugung, daß die an der böhmisch-sächsischen Grenze staffelförmig aufgestellten österreichischen Truppen unter irgendwelchem Vorwande baldigst in Sachsen einrücken werden und das, was dann und wann Reisende, die aus jenen Gegenden hierher kommen, von den angeblich unter den genannten Truppen herrschenden Ansichten über den Zweck dieser Aufstellung zu erzählen wissen, ist nur zu sehr geeignet, diese unstreitig unberechtigte Vermuthung bei der großen Menge zu verstärken. Hierzu kommen noch einige zufällige Umstände, welche für schwarzsehende Gemüther ebenfalls Ursachen der Besorgniß bieten. Die politischen Gründe, welche die Staatsregierung für die längere Fortdauer des hiesigen Belagerungszustandes hat, erklären einige dahin, die Regierung wolle unter einem ausreichenden Vorwande eine bedeutende Truppenmasse für alle Eventualitäten, welche von außen kommen könnten, in Bereitschaft haben. Die gestrige Anwesenheit des Herrn v. Gerlach aus Berlin hier selbst, sowie die des bayerischen Gesandten Grafen v. Bray-Steinburg aus München, bringen Andere mit gewissen sich immer mehr steigenden diplomatischen Verwickelungen in Verbindung. Endlich der von unserm Kriegsministerium so schnell und dringend angeordnete Einkauf von 600 Trainpferden ist für diejenigen, welche wissen, daß bereits 500 Pferde über den Friedensbedarf vorhanden sind, auch kein beruhigendes Anzeichen. Unter diesen Umständen taucht nun auch immer wieder auf Neue das Gerücht von einer Kammerauflösung auf, so daß es nicht zu verwundern ist, wenn das kaum etwas befestigte Vertrauen auf den Bestand der öffentlichen Zustände hier und da abermals zu wanken und vielfach sich schon im Geschäftsverkehr nachtheilig bemerkbar zu machen beginnt. — Wie die „Breslauer Ztg.“ gestern aus Wien schrieb, gilt die Aufstellung des böhmischen Armeecorps den sächsischen Demokraten.

Gera, 10. December. Heute wurde die von dem seit dem September hier versammelten konstituierenden Landtage des Fürstenthums Reuß j. L. mit der diesseitigen Regierung vereinbarte Verfassung nach erlangter fürstlicher Sanction in öffentlicher Sitzung vom Vorstande des hiesigen Ministeriums, Dr. v. Bretschneider, dem Landtags-Präsidium übergeben und, nachdem derselbe sie beschworen, von Seiten des Landtages vollzogen. Die feierliche Handlung endete mit dem vom Landtags-Präsidenten Dr. Mayer ausgedachten Hoch auf den Fürsten Heinrich 52. Die Verfassung selbst ist eine der freisinnigsten. Die Grundrechte der deutschen Verfassung sind mit noch einigen Erweiterungen in dieselbe aufgenommen; unter den Bestimmungen über die Gesetzgebung stehen die über das suspensive Veto — nach zweimaligem, jedesmal mit $\frac{2}{3}$ der Stimmen erfolgten Einbringen zweier auf einander folgender ordentlicher Landtag soll ein Antrag auch ohne fürstliche Sanction Gesetzeskraft erhalten — oben an. Das Wahlgesetz giebt jedem 25 jährigen Staatsangehörigen aktive und passive Wahlbarkeit; der Landtag selbst, bestehen aus 19 Mitgliedern — auf je 4000 G. eins — wird alle zwei Jahre zusammengetreten. — Hinsichtlich der Wahl zum preussischen Reichstage ist bereits die Anordnung der Wahlen zum sogen. Volkshaufe erfolgt — die in unserm Lande überwiegende demokratische Partei wird sich der Wahl enthalten — hinsichtlich der dem Landtage zustehenden Wahl eines Abgeordneten in das sogenannte Staatenhaus sind dem Landtage von dem Ministerium drei Mitglieder desselben vorgeschlagen, nämlich der Präsident Dr. Mayer und die beiden Abgeordneten Hagenbruch und von der Planitz (ehemaliger Altenburgischer Minister). Doch auch im Landtage selbst wird sich eine nicht unbedeutende Zahl von Abgeordneten dieser Wahl enthalten. Leipz. Ztg.

Karlsruhe, 11. Dec. So eben wird die neueste Nummer des Regierungsblatts ausgegeben, in welchem das provisorische Gesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaufe des von dem dem Bündniß vom 26. Mai 1849 beigetretenen deutschen Staaten zu berufenden Parlaments enthalten ist. Die wesentlichsten Bestimmungen desselben sind folgende: Wähler ist jeder selbstständige unbescholtene Badener, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat. Wählbar als Abgeordneter des Volkshauses ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens drei Jahren einem derjenigen deutschen Staaten angehört hat, von welchen das deutsche Parlament besetzt wird. Das Großherzogthum wählt zum Volkshaufe nach dem Maßstab von 1 auf 100,000 Seelen, beziehungsweise wie 1 zu einem Ueberschuß von 50,000 Seelen, vierzehn Abgeordnete. Die Wahl ist indirect, die Urwähler wählen Wahlmänner und diese den Abgeordneten. Die Wahl der Abgeordneten geschieht in Wahlkreisen, die der Wahlmänner in Wahlbezirken. Die Wahlen erfolgen abtheilungsweise, vor vollständig versammelter Wahlcommission, durch offene Abstimmung zu Protocol. Zu Wahlorten sind bestimmt für den Neckkreis: Stöckach, Donaueschingen, Säckingen, Mühlheim; für den Oberrheinkreis: Freiburg, Lahr, Offenburg,